

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

23. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Jeder zweite Franken...
... stammt aus internationalen Märkten. **4**



Treffen mit der Fraktion
Hier geht es bestimmt um den Uno-Beitritt. **6**

«Contrat économique»
Neues Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik. **7**

NFA
Neugestaltung des Finanzausgleichs. **8**

★ Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr ★

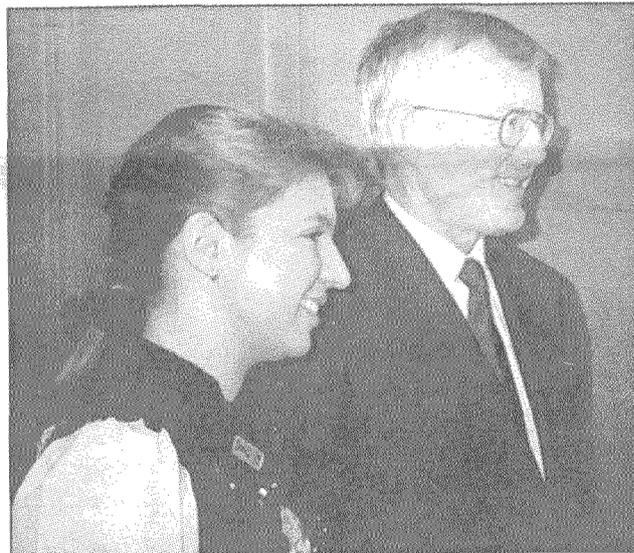
Anzeige

Innotherm
Öl-Kondensationsheizungen erreichen einen Wirkungsgrad von 103%.

INNO THERM
Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Die FDP Schweiz gratuliert

Glanzvolle Wahl Kaspar Villigers zum Bundespräsidenten



Bundespräsident Kaspar Villiger mit der Trachtenfrau Barbara Unternährer aus dem Luzerner FDP-Sekretariat.

Nach 1995 wurde Bundesrat Kaspar Villiger von der vereinigten Bundesversammlung bereits zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten gewählt. Gleichentags wurde unser zweites Mitglied im Bundesrat, Pascal Couchepin, als Vize-Bundespräsident bestätigt.

Das ausgezeichnete Ergebnis von 183 Stimmen für den Chef des Finanzdepartementes und die guten 144 gültigen Stimmen für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes

sind umso höher zu werten, als offensichtlich 40 Parlamentarier – die männliche Formulierung ist hier zutreffend – den früh angesetzten Wahltermin verschlafen haben. (Was es in der vorangehenden Nacht zu feiern gab, konnte allerdings bis zum Redaktionsschluss des «Freisinn» nicht herausgefunden werden.)

Wenn am Wahltag der neugewählte Bundespräsident Journalisten gegenüber immer betonte, dass «Zuhören und Ernstnehmen» einer der Schwerpunkte in seiner präsidia-

len Tätigkeit sei, so dürfte ihm dies nicht schwerfallen. Bereits in den vergangenen Jahren hat Kaspar Villiger immer wieder bewiesen, dass dieses «Zuhören» eine seiner grossen Stärken ist. Seiner eisernen Disziplin und weitsichtigen Politik ist es aber auch zu verdanken, dass der Bundeshaushalt Ende 2001 wieder einigermaßen im Lot ist. Die vernünftige, nachhaltige und insbesondere auch den Interessen künftiger Generationen verpflichtete Finanzpolitik Kaspar Villigers wurde durch das Schweizer Stimmvolk eindrücklich bestätigt. Im Weiteren hat der Vorsteher des Finanzdepartementes beim Aufbau ei-

ner neuen nationalen Fluggesellschaft eine entscheidende Rolle gespielt. Unter seiner Führung und dank seinem unermüdlichen Einsatz kam der entscheidende Schulterschluss von Wirtschaft und Politik zustande. Nach dem Horrorjahr 2001 wünscht die FDP Schweiz dem Bundespräsidenten und Vize-Bundespräsidenten ein erfolgreiches und ein von Aufbruch geprägtes Präsidialjahr. Wichtige Projekte wie die Expo.02 oder die Abstimmung über die Volksinitiative «Ja zur Uno» können dazu beitragen, den nationalen Zusammenhalt und die Identifikation zu fördern sowie das Schweizer Selbstbewusstsein zu stärken. ■

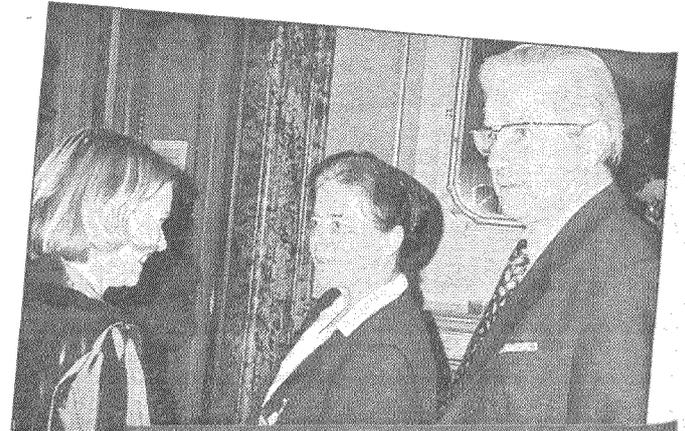


Pascal Couchepin und die zwei Gratulanten aus der CVP, Philipp Stähelin TG und Pierre Paupe JU.

Wahl Ablauf



Hinter dieser Türe schickte sich das Wahlbüro an, die Resultate zu ermitteln.



FDP-Pressesprecherin Barbara Perriard hoffte mit Nationalrätin Milli Wittenwiler, St. Gallen, und dem Chef des Wahlbüros, Karl Tschuppert, NR Luzern, auf ein gutes Wahlergebnis für den Bundespräsidenten und seinen Vize.



Das Wahlbüro wartet auf das Eintreffen der Bundesweibel mit den Wahlurnen.



In der Wandelhalle wird in den verschiedensten Zusammensetzungen spekuliert, wie die Resultate herauskommen. Rolf Hegetschweiler, NR Zürich, Markus Sella, persönlicher Mitarbeiter von BR Villiger, und Georges Theiler, NR Luzern und ...



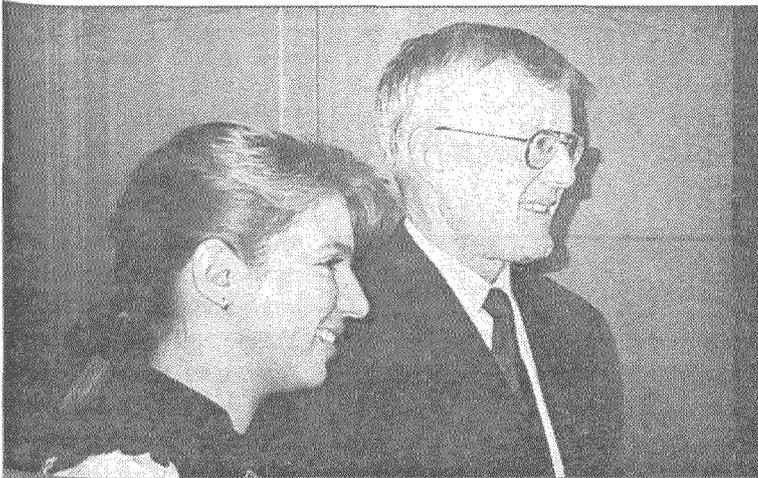
... das gemischte Duo, CVP-Vizepräsidentin Doris Leuthard, NR Aargau, mit FDP-Präsident Gerold Bührer, NR Schaffhausen, sowie ...



... die drei FDP-Strategen: Bührer, Schommer und Sella.

Bilder: rus

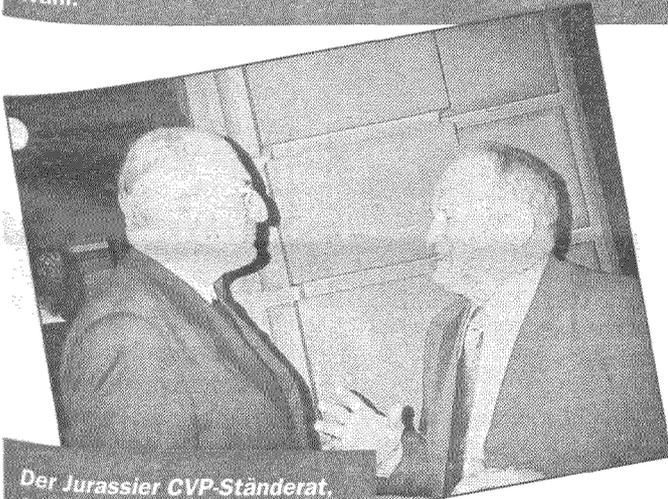
Nach erfolgter Wahl



Barbara Untermährer, die Sekretärin auf dem Luzerner FDP-Sekretariat, freut sich mit ihrem Landsmann über die ausgezeichnete Wahl.

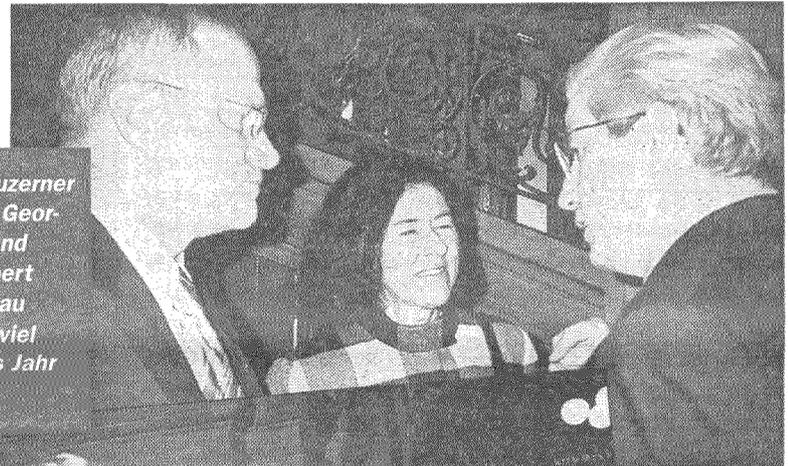


Kaum hat der Bundespräsident das Wahlergebnis erfahren, muss er die ersten Interviews geben.



Der Jurassier CVP-Ständerat, Pierre Paupe, lässt es sich nicht nehmen, seinem Freund Pascal Couchepin zu seiner Wahl zu gratulieren.

Die beiden Luzerner Nationalräte Georges Theiller und Karl Tschuppert wünschen Frau Vera Villiger viel Glück für das Jahr 2002.



Die Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein gratuliert ihrem jahrelangen politischen Weggefährten.



Der Luzerner Delegation, mit dem FDP-Geschäftsführer Othmar Wüest an der Spitze, war die Freude über die gute Wahl Villigers ins Gesicht geschrieben.



Jeder zweite Franken stammt aus den internationalen Märkten

Wie erreichen wir sie wirklich kurz-, mittel- und langfristig?

Das Unternehmen Schweiz hat eine ernsthafte Krise zu bestehen. Politik und Wirtschaft haben mit vereinten Kräften ein definitives Grounding der Swissair/Crossair und damit ein Grounding der Marke Schweiz abgewendet. Ich bin stolz auf diese Leistung. Sie verhindert einen kurz- wie längerfristig zu grossen volkswirtschaftlichen Schaden. Diesen konnten und wollten die staatstragenden Kreise in diesem Land nicht akzeptieren.

Von NR Johann
N. Schneider-Ammann

Die Not hat energisch handeln lassen. Nur die gemeinsamen Anstrengungen der unmittelbaren Zukunft lassen die Chancen nutzen. Die Chancen zum Gelingen steigen, wenn wir gemeinsam den Erfolg wollen. Für Arroganz und Zynismus ist kein Platz. Wer die Not zur politischen Profilierung benutzt, ohne Verantwortung zu übernehmen, gehört in die Schranken gewiesen.

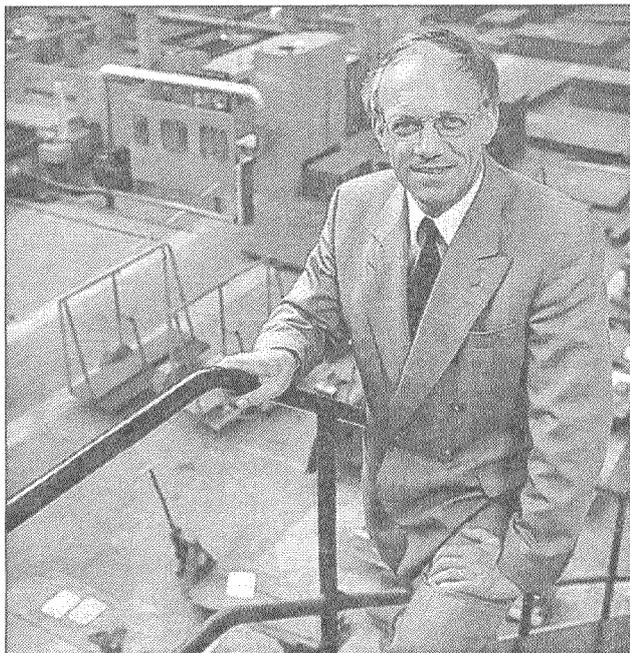
Die «Marke Schweiz» bedeutet Qualität, Zuverlässigkeit, Sicherheit, Ordnung, Pünktlichkeit, auch Hochpreis, letztlich Berechenbarkeit und Ehrlichkeit. Diese Markenzeichen wurden (und sind) riskiert. Es sind einzig unsere internationalen (Geschäfts-) Partner, die darüber befinden, ob die Marke Schweiz glaubwürdig und weiterhin lohnenswert ist.

Jeden zweiten Franken verdient unsere Volkswirtschaft im Ausland. Dieser zweite Franken ist massgeblich an unserer Wohlfahrt und Sicherheit, ins-

besondere der sozialen Sicherheit, beteiligt. Ohne die erstklassige internationale Einbindung wären weder die Vollbeschäftigung noch die Sicherheit, auch nicht die hochrangige Bildung, ja vor allem nicht die an und für sich unerwünschten Quersubventionierungen möglich.

Die Exportindustrie ist zwingend und höchstprioritär auf eine erstklassige und leistungsfähige Luft-Infrastruktur-Einbindung angewiesen. Die Erstklassigkeit lässt sich längerfristig nur mit der eigenen Luft-Transportorganisation sicherstellen. Denn der Standortwettbewerb tobt, und jede andere Airline bedient zuerst ihre Heimflughäfen.

Die Exportindustrie muss ihre Märkte auf dem direktesten Weg erreichen. In unserem Land muss auch künftig investiert werden wollen! Ausländer investieren bei uns nur, wenn wir mindestens so gut erreichbar sind wie irgendein Alternativstandort. Wir Schweizer Unternehmer investieren in unserem Land nur, wenn wir die Produkte



«Auf- und vorwärtskommen wir nur, wenn wir aus dem Sündenfall einen Sonderfall machen.»

ohne Zeit- und Kostennachteil in die Welt absetzen können. Und nur so verdienen wir jeden zweiten Franken im Ausland! Die Exportindustrie leidet unter der nochmaligen hinauszögerung der Ratifizierung der bilateralen Abkommen. Die technischen Handelshemmnisse verteuern unsere Produkte unnötig. Nur Zyniker, die keine konstruktiven Vorschläge bringen und keine Verantwortung übernehmen, spielen die Wichtigkeit unserer Luftfeinbindung und die der Marke Schweiz herunter.

Die Exportindustrie fürchtete und fürchtet sich vor der Vergeltung. Man stelle sich vor, was passiert wäre, wenn die Atraxis auch gegroundet hätte und

damit z.B. auch die South African Airways. Welcher Südafrikaner hätte sich nicht von den Schweizern verraten vorkommen müssen? Die Industrie muss diesen Markt aber weiterhin anvisieren können und die Leistungen auch verlässlich bezahlt bekommen.

Die Exportindustrie ist sich der Bedeutung ihrer schweizerischen Zulieferer bewusst. Letztere sind genauso auf die international beste Luftfeinbindung angewiesen – natürlich nur indirekt.

Das Flaggschiff der Schweizer Wirtschaft wurde in völliger Fehleinschätzung und Überheblichkeit auf Grund gesetzt. Die dafür Zuständigen und Beteiligten haben ihre Verantwortung zu

tragen. Wir konzentrieren uns auf die Zukunft unseres Landes. Die kleine Volkswirtschaft verfügt über eine gewaltige Energie. Wir sind im Begriffe, dies uns und der Welt zu beweisen. Der ordnungspolitische Sündenfall musste begangen werden, um wieder auf Kurs zu kommen. So bedauerlich dies ist, so nötig und richtig war es. Eine solche Infrastruktur-Rettung muss jedoch ein Einzelfall bleiben. Dies kann er auch, wenn wir uns nicht in engstirniger, populistischer und zynischer Art im Wege stehen. Deshalb mussten die Kredite gesprochen werden.

Damit erkämpfte man auch den Return on investment: Ein Investment, das gemäss bundesrätlicher Botschaft bis zu 26 Mittelstrecken- und bis zu 26 Langstreckenflugzeuge enthalten kann. Das Zukunftskonzept wird selbstverständlich und vor allem durch die Betriebswirtschaft bestimmt werden. Zugegeben: Das Bundesengagement hat die oberste Limite des Vertretbaren erreicht.

Machen wir aus dem Sündenfall den Sonderfall! Der Sonderfall bedeutet, dass wir unsere Probleme mit vereinten Kräften selber lösen und uns nicht von aussen helfen lassen müssen. Genau so sichern wir uns die grösstmögliche Unabhängigkeit und Sicherheit!

Abschied von Max Pusterla als Sekretär der FDP Basel

Ein Rückblick auf den Basler Sekretär,
Fällt nicht nur leicht, er ist auch schwer.
Du gabst uns viel in dieser Zeit,
Denn Dein Blick war meistens weit.

Du konntest stets die Ruhe wahren,
hat'st kein Problem mit Deinen Haaren.
Wenn andre griffen zur Perücke,
Du meistert'st schadlos jede Dücke.

Ob Ruhe, Sturm – es war Dir Einerlei
Im Vordergrund stand die Partei.

Du konnt'st Dein Team zusammenhalten
Mit Jungen und auch mit den Alten.

Ging's mal runter, ging's mal rauf,
Dein Motto war: Jetzt erst recht drauf!
Als Kolleg' gabst Du uns viel,
hast Du doch stets ein klares Ziel.
Die FDP nach vorne bringen,
Auch wenn man muss das Glück erzwingen.

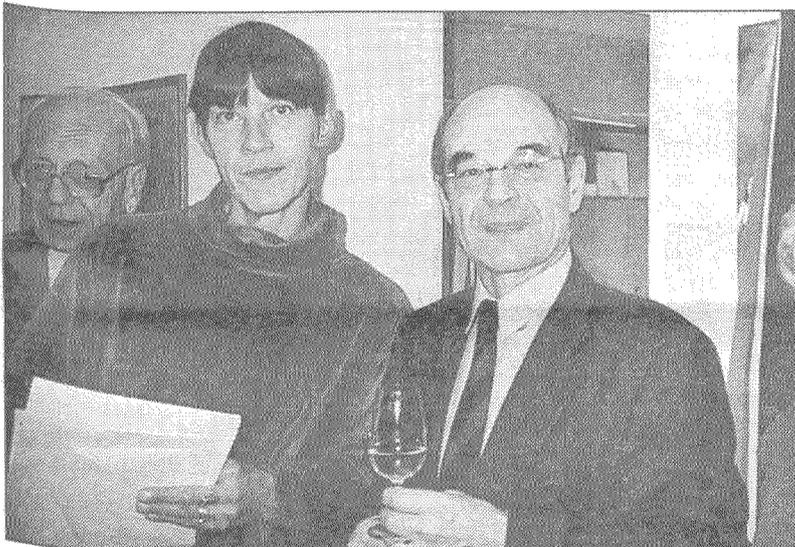
Wenn wir von Dir jetzt Abschied nehmen,
So ist es nicht auf allen Wegen.

Es ist als Sekretär – von der Partei,
In Herz und Kopf bleibst Du dabei.

Wenn ich nun schliess' mit einem Reim,
so tue ich dies mit einem Wein.
Ich wünsche Dir von ganzem Herzen,
nicht nur an Weihnacht leuchtend' Kerzen.

I säg Dir drum: Max, viele Dank!
Und hoff, dass D' immer findsch dä Rank.
Ob ufe, abe – es tuet nöd weh,
Du blibsch ä guet's Stuck FDP!

rus



Max Pusterla mit seiner Nachfolgerin Alice Zimmermann.



Patrice Baumann (links), Vizepräsident der FDP BL, wird seine Kontakte zur FDP BS auch weiterhin pflegen.

Bilder rus

Die Berner sind die Schnellsten

Bereits vor längerer Zeit hat sich die Berner Kantonalpartei unter der Leitung von Präsident Peter Rychiger und Kantonssekretär Franz Stämpfli entschieden, den Posten des Wahlkampfleiters früh zu besetzen. Mit Hannes Treier haben sie sich für einen Mann entschieden, der das «Wahlgeschäft» seit Jahren kennt und schon längs-

tens erkannt hat, dass ein Wahlkampf permanent stattfinden muss. Mit ersten Anlässen, am 22. August, 1. September und 27. Oktober, hat Hannes Treier bereits die ersten Pflöcke eingeschlagen. Dabei hatten Wahlkampfleiterinnen und -leiter, Kandidatinnen und Kandidaten sowie Parteifunktionäre auf den verschiedensten Stufen

Gelegenheit, ihr Wissen zu verbreitern.

Der FDP Schweiz fiel es darum leicht, dem schnellen Berner, Hannes Treier, einen Blumenstrauss zu überreichen und ihm viel Kraft und Spass für die kommenden kantonalen und eidgenössischen Wahlen zu wünschen. ■



Hannes Treier beweist, dass man im «permanenten Wahlkampf» die Ärmel nicht nach vorne rollen darf.

Bild rus

Rund ums Fraktionssessen 2001



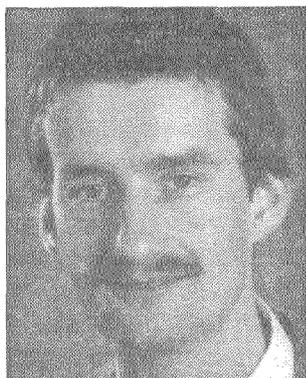
Bilder: rus



Für einen neuen «contrat économique»

Neues Verhältnis von Politik und Wirtschaft

Die Swissairkrise hat ein Thema wieder in die Schlagzeilen gerückt, um das es in den letzten Jahren stiller wurde, nämlich die Beziehung Wirtschaft und Politik. Dahin gehört auch die Beziehung der FDP zur Wirtschaft und zum Staat. Folgender Beitrag setzt sich für ein neuartiges Verhältnis ein: für einen neu zu schaffenden «contrat économique».



Andreas Müller

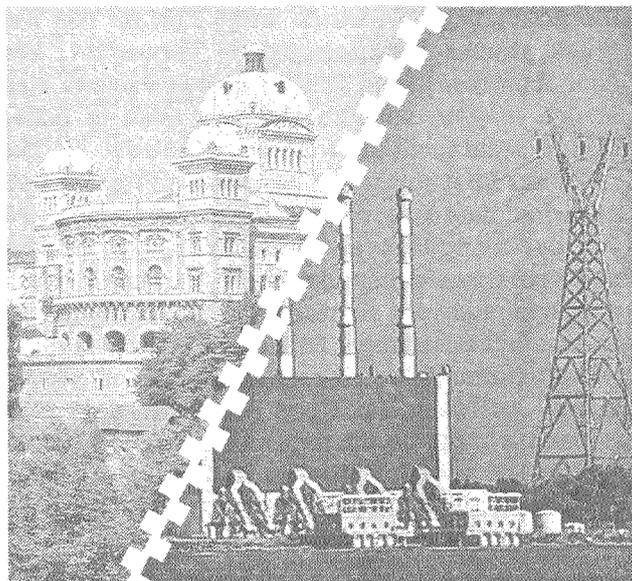
fremdung der letzten 10 Jahre gemeint ist.

Paradoxe Situation heute ...

Wie dem auch sei, es lohnt sich, grundlegende Gedanken zu machen zu einer wünschenswerten Beziehung «Politik und Wirtschaft» für die Zukunft. Die Kritik an dieser Beziehung kann zurzeit umso leichter formuliert werden, da die Konturen derselben häufig unklar sind, erahnt werden müssen oder nur als «Machtgefüge» angeschaut werden. Diese Si-

tuation wirkt sich damit zuungunsten einer positiven Einstellung zu diesem an sich wünschenswerten und zu erhaltenden Beziehungsgeflecht Politik/Wirtschaft aus.

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass in den 90er Jahren effektiv, in Folge der Globalisierung, eine zunehmende Distanz zwischen Politik und Wirtschaftswelt feststellbar war, das Territorium des entsprechenden Handelns entzweite sich. Wo die Politik mehrheitlich national tätig blieb, agieren zumindest die grösseren Unternehmen zunehmend im Weltmarkt und verhalten sich dementsprechend. Dieser unbefriedigende Zustand – die zunehmend sich autonom gebärdenden Teilsysteme Wirtschaft und Politik und die paradoxe Kommunikationskritik dazu eines angeprangerten Beziehungsgeflechts – muss korrigiert werden. Mittel hierzu



Das Zusammenspiel Wirtschaft / Politik sollte wie ein Zahnrad wirken.

könnte ein neuer «contrat économique» sein.

... und ein neuer «contrat économique» morgen

Gerade in einer Zeit einer sich abschwächenden Konjunktur gibt es viele gemeinsame Interessen zwischen Politik und Wirtschaft; angesichts der zunehmenden Wichtigkeit des Konsums und der Investitionen ist es beispielsweise beiden Seiten ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung zuversichtlich in die Zukunft blickt, für neue Chancen offen ist und gleichzeitig die Kohäsion, ein wichtiger Standortfaktor, erhalten bleibt.

Der neue «contrat économique» zwischen Wirtschaft und Politik wäre vorzugsweise weitgehend öffentlich, da in einem impliziten Verhältnis die entsprechende Unschärfe

sehr schnell einer voreiligen, auf Vorurteilen basierenden (Medien-)Kritik unterworfen wäre. Zu einem solchen «contrat économique» gehörte die Definition des gemeinsamen Interesses und darauffolgend einer abgestimmten Vorgehensweise in den entsprechenden Bereichen. Der «contrat économique» wäre auch daher sehr spannend, weil er gerade angesichts der zunehmend auseinandergelassenen, immer spezialisierteren beiden Welten als Prozess gestaltet werden müsste. Ein gegenseitiger Lernprozess wäre die inhärente erste positive Folge. Die FDP, traditionellerweise sowohl Staats- wie Wirtschaftspartei, könnte Ort und Basis dieses neuen «contrat économique» sein. ■

Von Andreas Müller,
Leiter Bereich Projekte,
GS FDP Schweiz

Sie kommen wieder, die Schlagwörter, sei es «Wirtschaftsfilz», «Wirtschaftsfreisinn» oder auch die Kritik an der «Verbindungslinie Politik, Wirtschaft, Militär». Letztlich ist dabei nie klar, ob damit schon längst entschwundene Zeiten der «Vor-90er Jahre» thematisiert werden sollen oder indirekt die zunehmende Ent-

Anzeige

HEIZEN MIT ÖL.
ENTSCIEDEN RICHTIG.

Gratis Info Hotline:

0800 84 80 84

Für telefonische Energieberatung und ausführliche Dokumentationen.

Neugestaltung des Finanzausgleichs

Schlüssel zur notwendigen Erneuerung des Föderalismus!

Die Abkürzung NFA wurde lange Zeit für den Ausdruck «Neuer Finanzausgleich» verwendet. Weil aber finanzpolitische Fragen dieses Projekt nicht alleine prägen, sondern vielmehr auch in hohem Masse staatspolitische Ziele angestrebt werden, reifte der Beschluss, den Namen des Projektes seiner wirklichen Tragweite anzupassen. Diese reicht von der weitgehenden Entflechtung von Bundes- und Kantonsaufgaben über mehr ungebundenen Finanzspielraum der Kantone bis hin zu neuen Zusammenarbeitsformen. NFA steht darum heute für «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben» zwischen Bund und Kantonen. Weil diese Neuausrichtung für die Schweiz von enormer Wichtigkeit ist, wird mit diesem Artikel im «Freisinn» eine Serie gestartet, die deren Bedeutung unterstreicht.

Von Erich Müller,
Nationalrat, Präsident
der Finanzdelegation
der beiden Räte

Der jetzt gültige Finanzausgleich des Bundes besteht seit 1959. In den letzten dreissig Jahren haben sich die wirtschaftspolitischen Verhältnisse stark verändert. Die Staatsquote ist von 26% auf 36% gestiegen – die Fiskalquote hat sich um 50% erhöht.

Rund zwei Drittel der Bundesausgaben sind Transferausgaben, d. h. Beiträge oder Subventionen an die Kantone und Gemeinden. Die Finanzkraft der Kantone hat sich unterschied-

lich entwickelt. Dies ist auch eine Folge neuer, je nach Kantonen unterschiedlicher Aufgaben.

Die NFA berücksichtigt diese Entwicklungen, setzt neue Grundsätze und ist die Lösung zukünftiger staats- und finanzpolitischer Herausforderungen. Die NFA-Reform basiert auf 5 Pfeilern.

1. Die neue Aufgaben- und Finanzentflechtung stärkt die Souveränität der Kantone!

Noch 7 Aufgabengebiete, wie z. B. Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen, Landesverteidigung, sollen in der abschliessenden Zuständigkeit des Bundes

bleiben; 13 werden kantonalisiert, wie z. B. Sonderschulung. 9 Aufgabenbereiche werden in interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich gelöst. Knapp 40% des heutigen Aufgabenverbundes werden entflochten. Dies vergrössert die «Bürgernähe» der Aufgaben-Erfüllung.

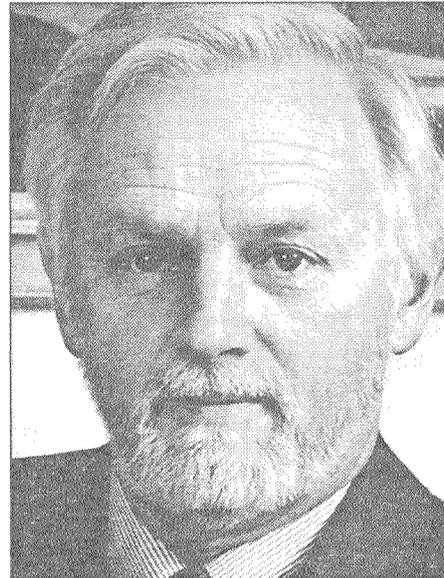
2. Durch die interkantonale Zusammenarbeit mit entsprechendem Lastenausgleich werden Aufgaben von regionaler Bedeutung effizienter gelöst!

Ein regionales bürgerfreundliches Leistungsangebot kümmert sich nicht um Kantonsgrenzen, es darf nicht nur den Standortkanton belasten.

Die von der NFA geforderte Zusammenarbeit dient Leistungsbezügern wie Leistungserbringern. Zentrumsleistungen zugunsten umliegender Kantone werden fair abgegolten.

3. Leistungsbezogene Beiträge sollen die ausgabenabhängigen Subventionen ersetzen!

Ausgabenabhängige Subventionen «verführen» Leistungsbezügern oft zu teuren Lösungen – «der Bund be-



Erich Müller

zahlt es ja». Neu wird für die Erfüllung der Aufgabe ein fester Global- oder Pauschalbeitrag vorgesehen. Wer mehr ausgibt, zahlt selbst mehr, wer spart, reduziert den eigenen Kostenanteil («Bonus-Malus»-Prinzip). Die Partnerschaft wird gestärkt, indem vermehrt Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen vorgesehen werden.

4. Der neue horizontale Ressourcenausgleich wird die tiefere Leistungsfähigkeit finanzschwacher Kantone mildern!

Die NFA fördert die gelebte Solidarität unter den Kantonen. Mit den Beiträgen der finanzkräftigsten Kantone werden die finanzschwachen Kantone in die Lage versetzt, ihre Aufgaben erfüllen zu können. Zudem wird die Spanne der kantonalen Steuerbelastungen auf ein vernünftiges Mass reduziert.

5. Mit dem Lastenausgleich entschädigt der Bund übermässige Lasten einzelner Kantone!

Der geographische Lastenausgleich unterstützt finanziell die Bergkantone und der soziodemographische Lastenausgleich die dicht bevölkerten Kantone.

Die «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben» stärkt das Subsidiaritätsprinzip, das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz (wer entscheidet, soll auch zahlen), das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die Bürgernähe, die Solidarität unter den Kantonen, aber auch die Hoheit der Kantone und damit den Föderalismus.

Trotz diesen Vorteilen erwächst der NFA Opposition. Institutionen, die sich vom Bund mehr Subvention erhoffen, als sie von den Kantonen erwarten können, wollen die NFA nicht. Parteien, die dem Staat immer mehr Aufgaben überbürden wollen, wollen die NFA nicht. Sozialisten, die die materielle Steuerharmonisierung wollen, wollen die NFA nicht. Kantone, die der neue Ressourcenausgleich mehr belastet, haben keine Freude an der neuen NFA.

Wir Freisinnigen werden für die «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben» kämpfen, denn sie ist Sauerstoff für unseren föderalistischen Staat.

Anzeige

bis 80 Personen

Chibouchee
Chinoise, Bourguignonne, Cheese Fondues

天香樓

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern Switzerland

▲ Phone +41-41-412 37 37 ▲
▲ Fax +41-41-410 43 53 ▲
▲ e-mail restaurant@fondue-house.ch ▲
▲ www.fondue-house.ch ▲



Alex Bänninger,
Publizist, Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich

Kleinmut im Kleinstaat

Die eidgenössische TV-Politik ist glücklos. Innerhalb des vom Gesetzgebers abgesteckten Rahmens sind die privaten Initiativen für ein sprachregionales Fernsehen gescheitert. Weder konnte Roger Schawinski Tele 24 halten noch die Tamedia-Gruppe TV 3. Auf dem Bildschirm bleibt die SRG ohne Inlandkonkurrenz.

Dieser Zustand ist einer Demokratie ein Mangel. Sie lebt mit der Meinungsvielfalt. Zur «Tagesschau», «Rundschau» oder «Arena» müssten private Alternativen angeboten werden. Der Wettbewerb der Meinungen wäre lebendiger mit einem Wettbewerb der Sendungen. Informationen aus dem Eintopf sind nahe bei der Einfalt.

Parlamentsmehrheit, Departement Leuenberger und Bundesamt für Kom-

munikation sehen es leider anders. Sie wollen angeblich eine starke SRG. Zwangsgebühren, Werbeeinnahmen und Sponsoring sichern deren Existenz.

Dagegen schnüren unnötig scharfe Werberegeln die privaten Rundfunkveranstalter ein. So entsteht keine starke, sondern eine geschützte SRG. Und es entsteht keine starke Demokratie, sondern eine geschwächte. Gerade daran dürfte die Medienpolitik kein Interesse haben. Ihre Ausrichtung aufs Wohl der SRG ist falsch. Richtig – und liberal – wäre die Orientierung am Wohl der mündigen Bürgerinnen und Bürger.

Dieses entscheidende Kriterium hätte von allem Anfang an zu einer Medienordnung mit beflügelnden Bedingungen für private

Projekte geführt. Neben dem «Finanzplatz» und «Werkplatz» wäre ein «Medienplatz Schweiz» entstanden. Bedauerlicherweise sind wir hinsichtlich Innovation und Risikobereitschaft nicht über Beromünster hinausgekommen. Die Fernsehbilder haben das Laufen nicht gelernt.

Selbstverständlich wäre es ungerecht, das Ende von Tele 24 und TV 3 nur der Politik und der Bürokratie anzulasten. Die Verantwortlichen der beiden Sender müssen unternehmerische Fehler auf ihre Kapten nehmen. Kooperationsmöglichkeiten sind nicht wahrgenommen worden. Zutreffend ist auch, dass sich die Qualität von TV 3 auf einem Niveau bewegte, das kaum mehr als solches bezeichnet werden kann.

In einem wesentlichen Punkt findet die schweizerische Medienpolitik in der Expo.02 ihr Abbild: das feu sacré fehlt. Kleinmut herrscht. Kleinkariertheit bestimmt das Handeln. Das Kleinstaat-Gefühl macht so stolz wie lahm. Aus diesem Geist heraus wäre das Kulturfernsehen Arte nie ersonnen, geschweige denn verwirklicht worden. Hier bewies sich die Medienpolitik als die Kunst des Unmöglichen. Die Initianten wagten den Sprung über ihre Schatten und Grenzen.

Wenn es stimmt, dass unser Medienminister bevorzugt Arte schaut, dann müsste ihn die Entstehungsgeschichte als beispielhaft überzeugen. Verbunden mit der bohrenden Frage, warum in der Schweiz keine grossen Würfe gelingen. ■

St. Galler Landwirtschaftsgesetz

Ein Schritt in die richtige Richtung!

An der traditionellen Tagung freisinniger Bauern vom 24. November 2001 in Wildhaus standen das neue Landwirtschaftsgesetz des Kantons St. Gallen sowie der kantonale Richtplan und das Nachtragsgesetz zum Baugesetz im Zentrum.

Unter der Leitung von Kantonsrat Alain Homberger wurden mit Walter Müller, Präsident St. Galler Bauernverband, Ueli Strauss, Leiter Planungsamt Kanton St. Gallen, sowie Urs Pfis-

ter, Leiter-Stv. Planungsamt Kanton St. Gallen, die möglichen Neuerungen im Landwirtschaftsgesetz und im kantonalen Richtplan/Nachtragsgesetz zum Baugesetz diskutiert.

Kantonsrat Alain Homberger präsentierte die Leitsätze, welche im Bericht zum neuen Landwirtschaftsgesetz erwähnt sind:

1. Leitsatz:
Wettbewerbsfähigkeit
und Innovationskraft
stärken

2. Leitsatz:
Strukturentwicklung
unterstützen und Zu-
sammenarbeit fördern

3. Leitsatz:
Umweltgerechte und
gesunde Produktion

4. Leitsatz:
Landschaft pflegen
und dezentrale Besied-
lung erhalten

5. Leitsatz:
Professionalität und
Wissenstransfer för-
dern

6. Leitsatz:
Zielgerichteter Einsatz
der staatlichen Mittel

Er stellte fest, dass sämtliche Leitsätze mit den freisinnigen Grundwerten kompatibel seien. Auch sei erfreulich, dass sie einer unternehmerischen Ausrichtung sehr nahe kommen. Es gelte nun aber, diese Leitsätze auf allen Ebenen umzusetzen.

Für Walter Müller muss das kantonale Landwirtschaftsgesetz Anforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erfüllen. Zudem muss der Vollzug einfach, koordiniert und kostengünstig ausge-

staltet werden. Er fordert vom Kanton, dass ein Kompetenzzentrum für die Landwirtschaft und eigenständige Massnahmen für die Erhaltung der Berglandwirtschaft realisiert werden.

Ueli Strauss zeigte die Chancen und Möglichkeiten des Entwurfes zum neuen Richtplan auf, während Urs Pfister in seinem Referat über das Nachtragsgesetz zum Baugesetz insbesondere auf die Möglichkeiten von Intensivlandwirtschaftszonen einging. ■

Ablenken von Honegger und der eigenen Verantwortung

Das ist er also, der borierte Swissairpilot. Er ist sich seiner Lage nicht bewusst. Anstatt sich in die Hände des rettenden Crossairpiloten zu werfen, möchte er zuerst über seinen Lohn gesprochen haben. Dabei droht er unvermindert in die Tiefe zu stürzen, eine Tiefe, wo notabene schon ein zerbrochenes Swissairflugzeug liegt. Die Swissairpiloten scheinen mit ihrer Geldgier für den Absturz der Swissair verantwortlich zu sein. So zumindest interpretiere ich Andreas Töns' ganzseitige Karikatur auf Seite 16 der letzten FDP-Zeitung. Ich bin über deren Inhalt und über die Publikation in der FDP-Zeitschrift konsterniert und befremdet zugleich. Ich bin konsterniert, weil der Zeichner – wider der Faktenlage – der Versuchung erlegen ist, den Swissairpiloten «eins auszuwischen». Und ich bin befremdet, weil weder die Redaktoren der FDP-Zeitung noch die vorgesetzte FDP-Führung die Aussage dieser Karikatur reflektierten und die Publi-

kation letztlich nicht verhindert haben.

Aber nun der Reihe nach:

Erstens: Die Swissair ist Konkurs, weil die oberste Führung und der Verwaltungsrat als deren Aufsichtsinanz in den letzten Jahren ein komplettes Missmanagement betrieben. Die blindwütige Einkaufstour maroder Airlines und die Konzeptlosigkeit, wie dieses Gebilde einmal rentabel werden sollte, türmten riesige Schuldenberge auf. Innerhalb von wenigen Jahren verwandelten sich zweieinhalb Milliarden Franken Ersparthes in über fünfzehn Milliarden Schulden.

Viele Leute mögen meinen, dass Swissairpiloten trotz ihrer hochverantwortlichen Tätigkeit zu viel verdienen – da soll jeder seine eigene Meinung haben. Aber in Anbetracht obiger Summen kann man getrost sagen, dass die Pilotensaläre keinen Einfluss auf den schlechten Geschäftsgang der Firma hatten. Auch wenn sie gratis

gearbeitet hätten, der Absturz der Firma wäre nicht zu vermeiden gewesen.

Zweitens: Als einzige Berufsgruppe der Swissair haben die Piloten auf Grund der desolaten Firmenverfassung im Frühjahr eine zweijährige Salärreduktion von annualisiert über 15 Millionen Franken akzeptiert. Mir ist nicht bekannt, dass sonst irgendjemand in der Swissair-Gruppe mit einem freiwilligen – noch so kleinen – Salärverzicht einen Beitrag zur Gesundung der Firma geleistet hätte, obwohl allen die knappe Finanzsituation bewusst war.

Drittens: Bei der Zusammenführung von Swissair und Crossair in die neue Schweizer Luftfahrtsgesellschaft wird von den Swissairpiloten eine Salärreduktion von 35% erwartet. Die gleiche Arbeit für einen Drittel weniger Gehalt! Eine solch extreme Forderung hätte wohl in manchen Berufsgruppen für entzürntesten Aufstand und diverse Kampfmassnahmen gesorgt. Obwohl auch für die Piloten dieser Brocken schwer zu «schlucken» sein wird, so zeigte der Berufsverband Aeropers doch Verhandlungsbereitschaft. Endgültige Resultate sind mir zum jetzigen Zeitpunkt noch

nicht bekannt, aber eine einvernehmliche Lösung scheint im Bereich des Möglichen.

Im Gegensatz zu alledem stellte die Zürcher FDP ab dem Jahr 2000 den damaligen Verwaltungsratspräsidenten der Swissair, Herrn alt Regierungsrat Doktor Eric Honegger. Meiner Meinung nach wurde er weder auf Grund seiner besonderen aviatischen Kenntnisse noch auf Grund seiner Erfahrung in der Überwachung von Grosskonzernen in dieses Amt gehievt. Sicher, als er kam, war die Swissair schon reichlich in Schiefelage. Allerdings verschärfte er mit unbedachten Unterschriften unter diverse Verträge die finanzielle Situation des Konzerns weiter, und er ist zumindest stark mit-



verantwortlich am heutigen Konkurs der Swissair. Beispielsweise belief sich der Auskauf aus dem von Honegger unterzeichneten Vertrag zur Erhöhung des Saba-

naaktienanteils auf 85% auf 500 Millionen Schweizer Franken. Allein mit dieser Summe hätten die Swissairpiloten auf Jahre hinaus bezahlt werden können. Und sein kurzer Auftritt auf der Swissairbühne wurde vollends peinlich, als der Honegger noch eine Abgangsschädigung von mehreren Millionen Franken forderte. So weit ich informiert bin, wurde sein Verhalten in keinem Cartoon in der FDP-Zeitung reflektiert. Da bin ich jetzt reichlich befremdet, dass die FDP-Leitung mit besagter Karikatur versucht, von ihrer Mitverantwortung am Swissair-Debakel abzulenken und die Piloten als die grossen Sündenböcke hinstellen will.

Christoph von Hornstein,
Zürich

Anzeige



Internet: www.schwefelberg.ch E-Mail: info@schwefelbergbad.ch

Fangokuren in der Schweiz!

Schwefelberg-Bad ist ein anerkanntes Heilbad und verfügt einzig in der Schweiz über frischen Naturfango aus eigener Schwefelquelle

Schwefelberg-Bad:
ideal für Kur, Sport und Ferien!

★★★★
CH-1738 Schwefelberg-Bad/BE
Telefon 026 419 33 66
Fax 026 419 24 08

Romantik Kurhotel Schwefelbergbad

Wir kämpfen weiter für die A4

Autobahn im Knonaueramt ist keineswegs Zuger «Einbahnstrasse»

Am 28. Mai 2001 hiess das Departement Leuenberger das Ausführungsprojekt (datiert vom 30. September 1997!) für den Bau der Autobahn A4 im Knonaueramt endlich gut. Ende gut – alles gut? Wer sich nun freute, in nicht allzu langer Zukunft die Eröffnung dieser Autobahnstrecke zu erleben, erhielt bereits im August wieder einen Dämpfer, als bekannt wurde, dasselbe Departement wolle die Mittel für den Autobahnbau kürzen, was eine neue Verzögerung oder eine längere Bauzeit bewirken dürfte. Wem der Geduldsfaden nun ein weiteres Mal gerissen ist, wird ihn zerknirscht einmal mehr zusammenknüpfen müssen – stärker wird der Faden so leider auch nicht.

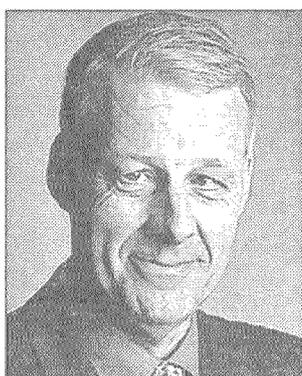
Von FDP-Nationalrat
Hajo Leutenegger, Zug,
hajo.leutenegger@wwz.ch

Was waren das für euphorische Zeiten, als Ende der fünfziger Jahre jede grössere Gemeinde darum kämpfte, einen eigenen Autobahnanschluss zu haben! Offenbar war man schon damals – weitsichtig – der Meinung, dass der Verkehr stark zunehmen würde. Das generelle Projekt für die A4 (damals noch N4) wurde vom Bundesrat bereits 1966 gutgeheissen. Dann begann aber rasch die Leidensgeschichte, deren neustes – hoffentlich nun wirklich letztes – unerfreuliches Kapitel im August 2001 in Bern geschrieben wurde. Zur Verzögerung oder zumindest Verzögerung des Baus dieser Autobahn wurden in den letzten 35 Jahren von verschiedensten Seiten alle erdenklichen, alle möglichen und teilweise eher unmöglichen Mittel ausgeschöpft, leider mit Erfolg, wenn man die letzten 35 Jahre betrachtet.

So ist dieses Bauvorhaben ein eher unrühmliches Beispiel unserer demokratischen Entscheidungsfindung, bei welchem die Wahrnehmung der verschiedenen Interessen für mich zu stark aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Keine Einbahnstrasse nach Zürich

Die A4 zwischen Cham und Birmensdorf ist zweifellos eine wichtige Verbindung. Dies wurde schon in der ersten Planung unseres Nationalstrassennetzes vor rund 40 Jahren klar. Die A4 stellt eine dritte, mittlere Nord-Süd-Achse dar, sie verbindet Stuttgart, Schaffhausen und Zürich mit dem Süden. Die A4 ist also viel mehr als eine «automobile Zuger Nabelschnur» nach Zürich. Für die Zentralschweiz und damit auch für Zug stellt sie den lang ersehnten, längst benötigten, leistungsfähigen Anschluss an das Autobahnnetz im nördlichen Teil unseres Landes dar, damit auch die beste Verbindung nach Zürich



Hajo Leutenegger

und zum Flughafen. Für die Ballungszentren in unserem Norden ist sie als Südachse aber ebenso wichtig. Und sie wird («Ende gut») auch den südlichen Teil des Kantons Zürich, das Knonaueramt, das Sihltal und den Hirzel, vom heute fast unerträglichen Verkehr in beiden Richtungen entlasten.

Die A4 ist somit keineswegs eine Zuger «Einbahnstrasse» nach Zürich. Die Verzögerungen bei ihrer Erstellung haben leider kaum

« Die vom Departement Leuenberger (UVEK) nun trotzdem anvisierte Sparübung passt schlecht dazu.

jemandem Nutzen, den meisten in unserer Region aber Ärger und uns allen Kosten gebracht. Diese Verbindung wird nicht nur die Bevölkerung der heute vom Durchgangsverkehr geplagten Gebiete entlasten. Sie wird der Wirtschaft in der Zentralschweiz und besonders in der Region Zug die nötigen Verbindun-

gen schaffen, ganz abgesehen vom Nutzen für den Tourismus.

Aktive Zuger

Der Kanton Zug hat die Bedeutung der A4 früh erkannt und den Bau auf seinem Kantonsgebiet rasch vorangetrieben, wozu nicht zuletzt der frühere Baudirektor Alois Hürlimann entscheidungs- und tatkräftig beigetragen hat. So war der «Knonauer Stummel» im Rohbau bereits 1974 fertig erstellt. Bis vor kurzem hat er uns mangels Fortsetzung im Kanton Zürich nichts genützt, immerhin kann jetzt Steinhausen wenigstens in einer Richtung umfahren werden.

Zug hat schon über 60 Millionen Franken investiert – wie gesagt ohne viel Nutzen, sondern eher als Opfer einer zögerlichen, offenbar fast beliebig verzögerbaren eidgenössischen Verkehrspolitik.

Wir Zuger sind verkehrspolitisch auch in jüngster Zeit wieder bemerkenswert aktiv, wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Beschlüsse zur Stadtbahn zeigen. Aber auch hier wurden wir wieder gebremst – der (kostengünstigere) vorgezogene Bau des Bahntunnels Thalwil-Litti mit der bereits von Zürich her angekommenen, installierten Bohrmaschine wurde nicht bewilligt, und auch die Linieneinführung der Neat im Kanton Zug ist noch unklar.

Erleiden wir wieder dasselbe Schicksal? Als kleiner Trost verbleibt, dass der Bundesrat ein Postulat des Verfassers bezüglich Doppelspurausbau Cham-Rotkreuz entgegengenommen hat.

Zentralschweizer setzen sich zur Wehr

Die Zuger Parlamentarier in Bern und ihre Kollegen aus der ganzen Zentralschweiz haben sich schon mehrfach für einen beschleunigten Bau der A4 eingesetzt, so zuletzt Nationalrat Georges Theiler (FDP, LU) mit einem vom Bundesrat noch in diesem Frühjahr entgegengenommenen Postulat, das Bauprogramm der A4 sei in kürzerer Zeit zu realisieren, die Strecke gegebenenfalls in Etappen zu öffnen.

Die vom Departement Leuenberger (UVEK) nun trotzdem anvisierte Sparübung passt schlecht dazu. Das Parlament wird sich in der Budgetdebatte in der Wintersession dazu zu äussern haben. Aus Zuger Sicht gilt es, den dringenden Verkehrsbedürfnissen unserer nach wie vor wachstumsorientierten Region nun endlich Rechnung zu tragen.

Wenn man weiss, dass für den Bau dieser Autobahn mit etwa zehn Jahren zu rechnen ist, sind weitere Verzögerungen nicht akzeptabel – wir werden uns deshalb gegen solche Bestrebungen zur Wehr setzen. ■

Die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen

Frauen und Uno – Geschichte einer Freundschaft

Erinnern Sie sich noch an die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking? Oder an das Jahr der Frau 1975? Wissen Sie, welcher internationale Vertrag als erster für die Gleichheit von Frauen und Männern eintrat? Richtig, das alles hat mit der Uno zu tun.

Von Erika Forster-Vannini,
Ständerätin

Es ist an der Zeit, den Beobachterstatus aufzugeben und sich durch den Beitritt zur Uno aktiver am weltweiten Prozess zur Beseitigung jeder Geschlechterdiskriminierung zu engagieren. Die speziellen An-

liegen und Bedürfnisse der Frauen bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Welt müssen berücksichtigt werden. Die Geschlechtergegensätze scheinen sich im Zuge der Globalisierung zu verschärfen und die Lebensbedingungen von Frauen zu verschlechtern.

Anzeige



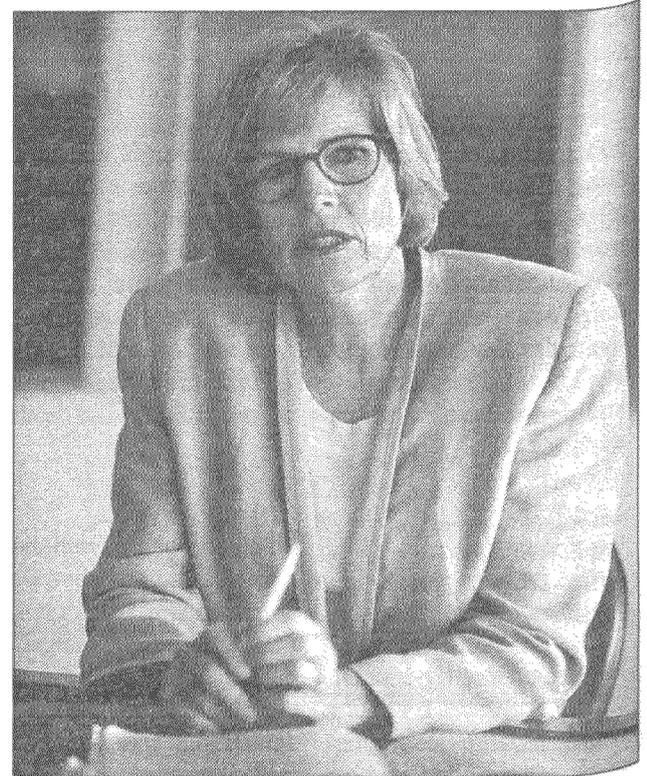
Ist Social-Sponsoring ein Thema für Sie?
Tel. 01 712 60 60

SCHWEIZER BERGHILFE

www.berghilfe.ch - info@berghilfe.ch

Die Uno ist eine der wenigen internationalen Organisationen, welche die Geschlechterperspektive und die besondere Betroffenheit von Frauen thematisiert.

Das Erreichte, namentlich im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung von Frau und Mann, lässt sich durchaus sehen. Wir vergessen in der Schweiz von heute gerne, wie die Situation auf der Welt vor rund 50 Jahren für die Frauen aussah und wie sie auch heute noch in weiten Teilen der Welt aussieht. Die Uno hat 1946 die Kommission für die Stellung der Frau als Teil der Wirtschafts- und Sozialkommission Ecosoc (Economic and Social Council) eingesetzt, mit dem Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten, um die Rechte der Frauen im politischen, wirtschaftlichen, zivilen, sozialen und im Bildungsbereich durchzusetzen. Insbesondere sollte weltweit die Einsicht verbreitet werden, dass den Frauen die gleichen Rechte und Chancen zustehen wie den Männern. Diese Arbeit ist leider noch lange nicht abgeschlossen. Denken wir nur an die in Afrika noch verbreitete Tradition der Beschneidung von Mädchen, an das generelle Verbot, sich auszubilden, unter dem die afghanischen Frauen unter dem Talibanregime zu leiden hatten, oder an all die Ehegesetzgebungen, welche die Frau zum Eigentum des Ehemannes machen.



Erika Forster-Vannini

Konventionen für die Rechte der Frau

Die Uno bindet ihre Mitglieder nicht über Gewalt oder Zwang, sondern über die Verabschiedung von Konventionen, international anerkannten Verträgen, welche durch die Mitgliederversammlung in demokratischer Weise verabschiedet werden (in der Uno-Mitgliederversammlung hat jedes Land, unabhängig von seiner Grösse, eine Stimme). Seit 1946 sind folgende Konventionen über die Gleichberechtigung von Frau und Mann verabschiedet worden:

■ 1952: Die Konvention über die politischen Rechte der Frauen (19 Jahre bevor die Schweiz das Frauen-Stimm- und Wahlrecht einführte)

■ 1957: Die Konvention über das Bürgerrecht verheirateter Frauen (Neues Schweizer Ehe-recht 1988)

■ 1962: Die Konvention über die Zustimmung zur Eheschliessung (in zahllosen Ländern werden Frauen durch ihre Eltern «verheiratet» und dürfen ihren Partner nicht selber wählen).

■ 1979: Die Konvention über die Eliminierung aller Formen von Diskriminierung von Frauen

Frauenrechte sind Menschenrechte

Ein zentrales Gesetzeswerk der Uno zur Chancengleichheit der Geschlechter ist das Uno-Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von

Diskriminierung der Frau. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Diskriminierung von Frauen «im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem sonstigen Bereich» (Art. 1) inskünftig zu verhindern. Es konkretisiert in seinen 30 Artikeln das menschenrechtliche Diskriminierungsverbot in allen Lebensbereichen. Das Uno-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen wurde seit seinem Inkrafttreten 1981 von 139 Staaten in nationales Recht umgesetzt. Die Schweiz hat das Abkommen 1997 ratifiziert. 1999 hat eine Arbeitsgruppe der Uno ein Zusatzprotokoll zur Uno-Frauenrechtskonvention verabschiedet, welches die Eintragbarkeit der Frauenrechte verlangt und ein direktes Beschwerderecht jeder Frau an das Frauenrechtskomitee der Uno vorsieht, wenn sie sich auf Grund ihres Geschlechts benachteiligt fühlt und alle Rechte in ihrem Heimatstaat erfolglos ausge-

schöpft hat. Das Zusatzprotokoll hält weiter fest, dass das Uno-Frauenrechtskomitee von sich aus tätig werden kann, wenn ein Staat Frauenrechte systematisch verletzt. Das Zusatzprotokoll schafft demnach ein Instrumentarium zur Durchsetzung der im Übereinkommen festgehaltenen Menschenrechte. Dies ist eine ganz zentrale Entwicklung und stellt einen eigentlichen Durchbruch dar. Dieses Zusatzprotokoll zur Frauenrechtskonvention soll von der Schweiz so bald wie möglich ratifiziert werden.

Es bleibt viel zu tun

Trotz all den Konventionen und Aktionsprogramme bleibt viel zu tun. Die Direktorin des Uno-Welt-ernährungsprogramms, Catherine Bertini, erklärte an einer Tagung von Frauen-Info Uno in Zürich, ihr Ziel sei es, ihre Organisation überflüssig zu machen durch die Erreichung des Zieles, dass alle Menschen ausreichend zu essen hätten. Am besten geht es den Frauen bezüglich Lebenserwartung, Bildungszugang und Erwerbs-

einkommen in Schweden, Kanada, Norwegen, USA und Finnland. Hingegen sind zwei Drittel der Alphabeten auf der Welt Frauen. Zwei Drittel der 130 Millionen Kinder, die keine Schule besuchen, sind Mädchen. Im Uno-Jahr der Freiwilligenarbeit muss auch erwähnt werden, dass in fast allen Ländern Frauen doppelt so viel unbezahlte Arbeit leisten wie Männer. Der Wert dieser von Frauen geleisteten Arbeit macht laut der Uno-Untersuchungen bis zu 35 Prozent des weltweit erarbeiteten Bruttosozialproduktes aus. Die Gesundheit der Frauen, eine der zentralen Aufgaben eines WHO-Projektes, ist zunehmend bedroht durch HIV-Infektionen, jährlich sterben 70 000 Frauen an unprofessionell durchgeführten Abtreibungen, und noch immer sterben mehr als 580 000 Frauen jedes Jahr bei einer Geburt. Das sind 1600 Frauen pro Tag. Die Liste dieser Befunde liesse sich verlängern. Die Anstrengungen der Uno müssen daher weitergehen. Da sie die einzige weltumspannende Organisation ist, der bis auf die

Schweiz alle Länder angehören, ist sie auch als einzige in der Lage, weltweit vernetzt zu agieren und die Aktionsprogramme zu lancieren, zu koordinieren und auszuwerten.

Warum soll die Schweiz Vollmitglied werden?

Den Schweizer Frauen geht es, die obige Liste weist darauf hin, vergleichsweise gut. Die Schweiz ist Mitglied in allen Unterorganisationen der Uno, kann aber in der Generalversammlung nicht mitberaten und nicht mitentscheiden. Dies kann und muss durch den Vollbeitritt, über den wir am 3. März 2002 abstimmen werden, korrigiert werden. Die Mehrkosten belaufen sich auf 8 Franken pro Kopf und Jahr der Schweizer Bevölkerung. Dieses Geld ist gut investiert. Wir Schweizer Frauen haben daher alles Interesse, dass unser Land in der Uno-Vollversammlung gleichberechtigt mit allen andern Staaten der Welt mitwirken und mitentscheiden kann. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

23. Jahrgang

Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00

E-Mail schlaepfer@fdp.ch

Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Anzeige

WANN BUCHEN SIE MAL **SEMINARRÄUME** MIT SEESICHT?

23 SEMINARRÄUME
FÜR 2 BIS
400 PERSONEN

100 HOTELZIMMER

******KÜCHE**
FÜR EVENTS,
APEROS, BANKETTE

PLATZ 6 DER TOP-TEN FOCUS SEMINARHOTELS DES JAHRES IST DOCH GANZ EINLEUCHTEND, ODER? SIE WOLLEN MEHR EINLEUCHTENDE ARGUMENTE? DANN VERLANGEN SIE UNSERE UNTERLAGEN!



AUSBILDUNGSZENTRUM SRK
SEMINARHOTEL SEMPACHERSEE
6207 NOTTWIL LU, TEL 041 939 23 23
WWW.HOTEL-NOTTWIL.CH, INFO@HOTEL-NOTTWIL.CH

«Wie soll die Schweizer Armee der Zukunft aussehen?»

Dieser Sammelband vereinigt fachmännische Beiträge zur Umsetzung der schweizerischen Sicherheitspolitik «Sicherheit durch Kooperation» – mit Betonung auf den Rahmenbedingungen, Zielen, Interessen, Möglichkeiten und Perspektiven des Engagements der Armee im internationalen Kontext. Die Darstellung insbesondere der vielfältigen Bereiche und Formen der militärischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten ist schon wegen ihrer Faktenfülle eine lücken schliessende Orientie-

rungshilfe im gegenwärtigen innenpolitischen Ringen um die künftige Ausrichtung und Ausgestaltung des schweizerischen Machtmittels. Sie weist aber über die blosser Beschreibung der Verwirklichung der Strategie im politisch-militärischen Bereich hinaus. Sie steht für den Neuerungsversuch, unter Wahrung zentraler nationaler Gegebenheiten und Sicherheitsinteressen die internationale Mitverantwortung und Mitwirkung der Armee in Anbetracht gegenwärtiger und absehbarer globaler und euro-

gionaler Herausforderungen zu bestimmen. Wer über schweizerische Sicherheits- und Militärpolitik gut Bescheid zu wissen glaubte, wird in vielen Punkten Neues lernen oder auch umlernen müssen.

Hans Eberhart, Albert A. Stahel (Hg.): «Schweizerische Militärpolitik der Zukunft» – Sicherheitsgewinn durch stärkeres internationales Engagement. 328 Seiten, gebunden, Fr. 58.–.



Anzeige

Generalsekretär/in der Jungfreisinnigen Schweiz



Jungfreisinnige Schweiz
Jeunes Radicaux Suisses
Giovani Liberali Radicali Svizzeri
Young Liberals Swizzers

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz):

Die JF Schweiz sind die grösste Jugendpartei der Schweiz. Sie setzen sich ein für liberale und demokratische Werte und die aktive Teilnahme der Jugendlichen am politischen Willensbildungsprozess. Sie bieten Dir eine interessante Tätigkeit in einem Umfeld, welches es einem erlaubt, das nationale politische Geschehen hautnah zu verfolgen.

Dein Aufgabenbereich:

Als Generalsekretär bist Du das Bindeglied zwischen der Aussenwelt und dem Vorstand der JF Schweiz. In Erfüllung Deiner Aufgaben arbeitest Du eng mit dem Vorstand und den Kantonssektionen zusammen. Du bist auch für die Betreuung der angegliederten Organisationen zuständig und erteilst telefonische Auskünfte. Des Weiteren bereitest Du Sitzungen vor und erledigst die allgemeinen Sekretariatsarbeiten. Dein Arbeitspensum wird einer 20%-Stelle gleichgesetzt.

Dein Profil:

Als offene und politisch interessierte Persönlichkeit verfügst Du über ein grosses Organisationstalent sowie Kommunikationsvermögen und bist belastbar.

Die Funktion kannst Du per 1. Februar 2002 oder nach Absprache antreten.

Der Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz freut sich auf Deine Bewerbungsunterlagen!

Sende diese an:

Jungfreisinnige Schweiz, z.H von Daniel Helfenfinger, Grabenacker 197, 4234 Zullwil

Zusammenarbeit über den Atlantik

Neunköpfige Delegation nahm an Kongress teil

Amerikanische und schweizerische Politikerinnen, vereint an einem Kongress in Kalifornien, haben gemeinsam eine an Präsident George W. Bush und die First Lady Laura Bush gerichtete Petition zugunsten der Frauen in Afghanistan verabschiedet.

Mehr als dreihundert amerikanische Politikerinnen richteten eine Petition an Präsident George W. Bush und Lady Laura Bush, worin sie fordern, dass die Rechte der Frauen in Afghanistan respektiert werden, dass die Demokratie wieder eingeführt und dass die afghanischen Frauen bei der Bildung ei-

ner Nachkriegsregierung unbedingt beteiligt sein müssen.

Aufforderung an den Präsidenten

Abgeordnete aus verschiedensten Staaten, die in die legislativen Parlamente gewählt sind (vergleichbar den Kantonsräten der Schweiz), sowohl von demokratischer wie auch republikanischer Seite, hatten sich für drei Tage an einem Kongress in Kalifornien versammelt. Sie



benützten die Gelegenheit, den Untergang des Taliban-Regimes, das die Rechte der Frauen völlig missachtete und eine sexistische

Apartheid schuf, zu begrüßen und den Präsidenten der Vereinigten Staaten aufzufordern, in Zukunft kein Regime mehr zu unterstützen, das die Rechte der Frauen nicht respektiert.

Beziehungen verbessern

Eine neunköpfige Delegation aus der Schweiz, hauptsächlich gewählte Politikerinnen, hatten ebenfalls an dem Kongress teilgenommen. Organisiert von alliance F, dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, und teilweise finanziert von Präsenz Schweiz mit dem Ziel, die amerikanisch-schweizerischen Beziehun-

gen auszubauen, nahmen Politikerinnen aus Graubünden, aus dem Thurgau, aus Zürich, aus der Inner- und aus der Romandie teil. Sie profitierten von der Gelegenheit, amerikanische Methoden und Ansichten kennen zu lernen, sie aber auch bei Gelegenheit in Frage zu stellen.

Mitglieder der Delegation waren: Silvia Scharplatz und Agathe Buehler, Kantonsrätinnen Graubünden, Anita Fahrni, Kantonsrätin Thurgau, Andrea Trümpy, Stadträtin Glarus, Evi Rigg, Gemeinderätin Mönchaltorf, Laurence Martin, gewählt in die Kommission der neuen Kantonsverfassung des Kantons Waadt, Sylvie Perret, Vizepräsidentin alliance F, Waadt, Doris Anklin, Vorstandsmitglied alliance F, Zug, Nicole Baur, Journalistin, Waadt.

1. Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen

Ein Novum soll in Zukunft für eine bessere Vernetzung sorgen

Eigentlich ist eine Präsidentinnenkonferenz in den Statuten der FDP-Frauen Schweiz nicht vorgesehen. Die neue Präsidentin Marianne Dürst hatte jedoch im Zuge der Reorganisation der Geschäftsleitung die ausgezeichnete Idee, eine solche einzuberufen. Die Zusammenarbeit mit der «Basis», d. h. den Kantonalpräsidentinnen, soll intensiviert werden. Am Samstag, 3. November 2001, wurde diese nun zum ersten Mal in Zürich durchgeführt.

Von Andrea Trümpy, Glarus,
andreatruempy@
hotmail.com

Als Referent für diese Tagung konnte der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes und Initiator der Mutterschafts-In-

itiative, Dr. Pierre Triponez, gewonnen werden. Er orientierte die Präsidentinnen über sein Modell einer Mutterschaftsversicherung, die, wie er mitteilte, parteiintern nicht bekämpft werde, nachdem die FDP der Schweiz die

letzte Vorlage einer Mutterschaftsversicherung bachab geschickt hatte. Im Nationalrat hat eine grosse Mehrheit der Ratsmitglieder für das Modell Triponez gestimmt. – Er führte im Weiteren aus, dass er keinen einzigen Fall kenne, in welchem eine Frau, die während eines Anstellungsverhältnisses ein Kind zur Welt brachte, nicht eine anständige und gute Regelung mit ihrem Arbeitgeber gefunden habe. Dr. P. Triponez hofft, dass die neue Regelung auf den 1.1.2004 eingeführt werden kann.

Im Anschluss an dieses Referat stellte Marianne Dürst die neu strukturierte Geschäftsleitung (GL) vor. Sie möchte in Zukunft in der Geschäftsleitung themenorientiert arbeiten und den GL-Mitgliedern Ressorts zuteilen. Die GL hat sich an verschiedenen Sitzungen mit der Neuorganisation der GL und des Zentralvorstandes auseinandergesetzt. Anstelle des Zentralvorstandes soll neu die Präsidentinnenkonferenz treten, um den Kontakt zur Basis zu gewährleisten. Die Anwesenheit

von 30 Präsidentinnen aus allen Landesteilen machte klar, dass das Interesse an einer solchen Institution gross ist. Die vielen Fragen, Anliegen und Anregungen für die zukünftige Arbeit der FDP-Frauen Schweiz zeigte, dass der Wille für eine starke Stimme der Frauen da ist und sie damit auch Präsenz markieren wollen. Mit dem Dank an alle Anwesenden ging diese konstruktive und speditiv geführte erste Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz zu Ende.

Soroptimist International

Frauen-Service-Clubs am Puls ihrer Zeit

Der Abend des 30. Oktober war reserviert für ein spezielles Referat! Unsere Mitbegründerin und ehemalige Präsidentin Roswitha Ott, Maiefeld, erzählte über ihre jetzige Tätigkeit als europäische Vizepräsidentin von Soroptimist International/Europa. Dieses Amt hat sie inne seit dem 1. Oktober und endet nach zwei Jahren Einsatz.

Von Christa Rauch, Zerne, rauchmetall@bluewin.ch

Entstanden sind die SI-Clubs zwischen 1905 und 1930. Es sind bis heute weltweit über 3100 Clubs mit 100 000 Mitgliedern tätig. Mitglied in einem SI-Club kann jede Berufsfrau werden. Sie muss von einer Frau vorgeschlagen werden, und jeder differenzierte Beruf kann nur einmal vertreten sein. Dialog

über die Grenzen, Pflege der Freundschaft, internationale Verständigung, partnerschaftliche Hilfe, Motivation zur Übernahme von gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben gehören nebst Loyalität unter Frauen zu den wichtigsten Anliegen der Soroptimist International und damit auch von Roswitha Ott. Mit Gesundheit und Stellung der Frau, Kindesrecht, Er-



Roswitha Ott

ziehung und Bildung, Klima, Kultur, Terrorismus und vielem anderen setzen sich die Soroptimistinnen auseinander, ständig am Puls ihrer Zeit.

Als Präsidentin der Schweizer Union hätte R. Ott in der Zeit von 1998 bis 2000 die Ostländer mit Bulgarien,

Rumänien und Ungarn zu betreuen. Diese Aufgabe bestand vor allem in der Lieferung von humanitären Hilfsgütern, nicht weniger aber auch in der Hilfe zum Aufbau von neuen Clubs der Soroptimist International. Frauen sollen vor allem landeseigene Hilfe aufbauen und leiten können. Dazu sollen die berufstätigen Frauen ihre eigenen Projekte erstellen. Momentan ist Roswitha Ott in Afrika auf Reisen, mit Material für die zu gründenden Clubs in Benin und Niger, aber auch mit Medikamenten und moralischer Unterstützung. In verschiedenen Ländern sind landesbezogene Projekte in Arbeit, wie Anti-Minen-Projekt, Berufsbildung der Mädchen, Einrichtung von Spitälern oder geschützte Arbeitsplätze. Immer aber ist es der persönliche Kontakt, der die Projekte begleitet und un-

terstützt. So sind Reisen an der Tagesordnung, und das Arbeitspensum ist gross. Im November geht Ihre Reise nach Cotonou und Niamey, im Februar 2002 nach Ouagadougou in Burkina Faso. Grenzüberschreitende Tagungen in Sofia sollen organisiert werden, Thema: Zusammenleben verschiedener Ethnien. Ihr Einsatz beinhaltet viel Herzlichkeit, und ihre Ausführungen zeigen das persönliche Engagement in jeder Beziehung. Sie meint, dass ein Besuch bei anderen Clubs immer wie ein «Nachhausekommen zu lieben Schwestern» sei und jedesmal das Abschiednehmen schwer falle.

Noch lange hätten wir zuhören wollen. Möge der Einsatz von Roswitha Ott viele Früchte tragen. Das wünschen wir ihr und den SI von Herzen.

Anzeige

Neues von der Brücke

MS HANSEATIC ★ ★ ★ ★ ★
Baujahr 1993, 8378 BRZ, max. 184 Passagiere

Amazonas – Karibik

5. bis 25. März 2002
Rio de Janeiro – Salvador da Bahia, inkl. Samba-Show – Natal – Belem – Amazonas – **Manaus**, inkl. Philharmonie-Konzert im Opernhaus **ab € 7280.-***

Osterkreuzfahrt: 21. März bis 8. April 2002
Manaus, inkl. Philharmonie-Konzert im Opernhaus – Parintins, inkl. Festivalbesuch – Amazonas – Iles du Salut/ Franz. Guayana – Orinoco - Trinidad und Tobago – Grenada – Barbados **ab € 6510.-***

Preise pro Person in Zweibett-Aussenkabine
inkl. Linienflüge ab/bis Frankfurt

Verlängerung: Transatlantik Barbados – Teneriffa
7. bis 15. April Spezialpreis € 1300.-

Alle Détails, €-Preise – günstig dank tiefem Wechselkurs – im Original-Katalog «Die Entdecker der Ozeane und im Sonderprospekt «Kontinent der Kontraste».

Beratung und Buchung bei:
Generalvertretung Schweiz
MCCM MASTER CRUISES
Chr. Möhr AG, Fällanden ZH

Tel. 01/825 20 50, Fax 01/825 31 41

neul MCCM-Beratungs- und Buchungs-Büro
auch mitten in Zürich:
Nüscherstrasse, 35, 3. Stock, 10 Min. vom HB
Öffnungszeiten: Di, Mi, Do von 9.00 bis 18.00 Uhr

FDP-Frauen Graubünden

Besuch im Bundeshaus in Bern

Von Nicole Schiessl,
FDP-Frauen GR

Am 3. Oktober 2001 traf sich eine stattliche Schar der FDP-Frauen Graubünden zum Besuch des Bundeshauses in Bern. Nach der verstärkten Eingangskontrolle wurden sie von unserem Nationalrat Duri Bezzola empfangen. Im Nationalratssaal war Gelegenheit zur Verfolgung der Debatte zum Parlamentsgesetz. Spannender wäre in der Wandelhalle wohl die Thematik «Grounding der Swissair» gewesen! Auf der Besucherloge des Ständerats



Christina Schauer, Präsidentin der FDP-Frauen, im Gespräch mit Duri Bezzola.

hörten wir Voten zum Thema Krankenkassen. Beim SF DRS diskutierten die Bündner NR Bezzola und Hämmerle mit Regierungsrat Engler für die romanische Sendung «Controvers». Das

Mittagessen mit NR Duri Bezzola und mit RR Stefan Engler wurde benützt, um aktuelle Themen anzuschneiden und zu diskutieren, bevor alle in Richtung Graubünden heimreisten.

Praxisorientiertes Ausbildungsseminar

Vorstandsmitglieder, Kandidierende und Parlamentarier bunt gemischt

Die letzte von Stefan Costa organisierte FDP-Academy in Langenthal lief ganz unter dem Titel «Permanenter Wahlkampf». Dies war nicht nur aus der Sicht FDP Schweiz so. Teilnehmer und Referenten strebten an, dass alle Beteiligten gleichermassen ihre Erfahrungen einbringen konnten.

Die sechs Teilbereiche wurden auf den Freitagnachmittag und den Samstag verteilt. Am Freitag ging es darum, in folgenden Bereichen Erfahrungen auszu-

tauschen; Mitgliederwerbung, Interessentenbetreuung, Fundraising, Eventmanagement, Kampagnenführung auf Orts- und Bezirksstufe und Internetnutzung für die Partei. Vor dem gemeinsamen Nachtessen referierte Parteipräsident Gerold Bührer zum Thema «Wirtschaft

und Politik – gleichberechtigte Partner?»

Am Samstag ging es unter den Titeln «Mein persönlicher Wahlkampf» und «Praktische Medienarbeit» weiter. Dabei wurden die verschiedenen Elemente des Wahlkampfes aufgelistet, die Erstellung eines Communiqués oder Arti-

kels erklärt und der 1:1-Auftritt vor der Kamera geübt. Die Reaktionen der Teilnehmenden machten deutlich, dass dieses Angebot in den nächsten zwei Jahren wiederholt werden muss. ■



Stefan Costa zeigt Parteipräsident Bührer auf, welches die Ziele dieses Seminars sind.



Ob Wahlkampfleiter oder Kandidatin, alle haben ein gemeinsames Ziel: Den Wähleranteil der FDP zu steigern.



Selbst die Pausen wurden zu angeregten Gesprächen genutzt.



Das Bild täuscht. Es war aktive Teilnahme; kein Frontal-Unterricht praktiziert.



Neuenburg: Natur und Künstlichkeit

Natur und Künstlichkeit – ein Entweder-Oder? Im Gegenteil, wenn man sich an der Expo.02 die Arteplage Neuenburg ansieht. Am Ufer und auf einer Plattform im See begegnen sich Natur und Künstlichkeit in Projekten zu den Bereichen Ernährung, Technologie und Umwelt. Architektur und Inhalte illustrieren dabei an Beispielen künstlicher Natur und natürlich gewordener Künstlichkeit, wie untrennbar die beiden Begriffe sind. Ein Rundgang, zu dem auch Ufos im Schilf gehören.

Nur die Gangway fehlt. Ansonsten aber wäre man nicht erstaunt, wenn den drei Ufos gleich grüne Männlein entsteigen würde. Denn die Wahrzeichen der Expo.02 auf dem Ausstellungsgelände (Arteplage) Neuenburg erinnern stark an den Fahrzeugpark Ausserirdischer, wie man ihn aus Filmen kennt. In Tat und Wahrheit handelt es sich bei den vermeintlichen Ufos jedoch um riesige, schiefersteinähnliche Dächer, Galets genannt. Auf schlanken Pfählen scheinen diese in bis zu 30 Metern Höhe über der Plattform (Forum) im See zu schweben. Darunter bieten sie Raum für sieben Ausstellungen zum Thema Natur und Künstlichkeit.

Vom Wasserfall zum Datenstrom

Das grösste Dach beschirmt drei Pavillons mit städtischer Architektur. Bei der Ausstellung «Biopolis» geht es um einen Blick ins Jahr 2022, in die Zukunft und Möglichkeiten der modernen Bio-

technologie. «Magie de l'énergie» hingegen handelt von der Gegenwart und zeigt, wie sich Wasser in Strom verwandelt – die Energiegewinnung als Beispiel für die fließenden Grenzen zwischen Natur und Künstlichkeit. Mit echten und eventuellen Naturkatastrophen sowie Massnahmen zum Schutz befasst sich das Projekt «Beaufort 12». Als besonderer Blickfang wartet es mit einem Sturmsimulator auf.

Ein zweites Galet ist einer eher poetischen Ausstellung mit dem Namen «aua extrema» gewidmet. Darin stellen die Ostschweizer Kantone die Bedeutung von Wasser (auf rätoromanisch «aua») in all seinen extremen Erscheinungsformen dar. Um Letztere kennen zu lernen, begibt man sich barfuss auf einen Rundgang durch eine Wasserlache mit einer Reihe von Stationen. Damit bleibt noch ein Dach übrig, unter dem sich ein künstlicher Hügel mit drei Projekten zur Beziehung zwischen Mensch und Maschine erkunden lässt. Auf der Anhöhe hat es eine Piazza mit kleinen Häusern und einem Atelier aus Glas: die Szenerie für einen Roboter, der keiner war – «Pinocchio». Durch Erlebnisräume mit Anspielungen auf den berühmt-berüchtigten Lügenbold erkennen Kinder, aber auch Erwachsene, wie verschiedenen und trotzdem richtig ihre individuelle Erfahrung und Wahrheit sein kann. Unter dem Hügel macht «Robotics» auf verblüffende Weise bewusst, dass die Distanz zwischen Mensch und Roboter verschwindend klein ge-

worden ist. «Ada» wiederum präsentiert die Möglichkeiten der Wissenschaft, menschliche Hirn- und Nervenfunktionen nachzuahmen. Als Beispiel hierfür dient ein Raum mit künstlicher Intelligenz, der mit den Besucherinnen und Besuchern in eine interaktive Beziehung tritt. Diese Ausstellung befindet sich ebenfalls unter der Anhöhe – im Bauch des Fisches aus der Geschichte von «Pinocchio».

Schlaraffenland der Sinne

Die Plattform mit den Galets umgibt ein Schilffeld aus Kunststoffhalmen, welche sich im Takt der Wellen bewegen. Nachts beginnen die Spitzen der Halme zu leuchten, während die Dächer auf einem Lichtkissen erstrahlen. Mit nicht weniger Einfällen glänzt das Architektenteam Multipack (Neuenburg) bei der Gestaltung des Expo-Parks am Ufer. Forum und Land, rund 50 Meter voneinander entfernt, verbinden zwei Brücken. In der Wasserstrasse dazwischen verläuft ein Pier – eine Gelegenheit, um dem langgezogenen Gelände entlangzuspazieren. Dessen Kernzone wird auf der einen Seite von einem imposanten Pudding flankiert, auf der anderen von einer gigantischen Holzkugel: die beiden letzten von neun Ausstellungen. «Manna» besteht aus gelben Säulen, die überdimensionierte Löffelbiscuits darstellen und verführerisch nach Vanille duften. Wer das Innere des Puddings betritt, wähnt sich in einem Schlaraffenland der Sinne, in dem sich alles um Ernährung zwischen Bio-Kost und High-Tech-Food dreht. Demge-

genüber wirft das Bundesprojekt «Le Palais de l'Equilibre», ein 27 Meter hoher Kugelbau, Fragen zu nachhaltiger Entwicklung auf. An mehreren Orten sind die Events angesiedelt. Der Vorhang des Théâtre des Roseaux hebt sich vor allem über Theater- oder Tanzaufführungen. In der Grande Scène, der Scène de la Passerelle und der Scène des Galets finden Variété-Veranstaltungen, Konzerte sowie Themen- und Kantontage statt. Für Grossanlässe, speziell für die Eröffnungszereemonie, eignet sich die Patinoire du Littoral (Eisbahn). Nachtschwärmern und Freunden aktueller Musik sei der Club empfohlen. Eine Piazza lädt ferner zu Auftritten von Strassenkünstlern und Bands/Kapellen ein.

Einmal eine Diva sein

Neben der Eisbahn entführt der Funpark auf 7800m² Fläche in die Glitzerwelt von Hollywood. Ausser Attraktionen wie dem höchsten Riesenrad Europas oder einem von King Kong bewachten Aussichtsturm kann man in einem Schminkstudio in Starrollen schlüpfen – etwa in die einer Diva oder eines Cowboys. Beim Ein- und Ausgang des Geländes schliesslich zeugt eine Installation unter dem Titel «Les 159 histoires du Pays de Neuchâtel» von Ereignissen, die zur Identitätsbildung der Region beigetragen haben. An einem langen Band sind 159 kleine «Bilder» (so viele Tage dauert die Expo.02) in Form von Illustrationen und Texten aneinandergereiht.

HOFFENTLICH
GEHT
ALLES
GUT.



9/01

Karikatur Andreas Töns

Abseits zu stehen bringt heute nichts mehr.

Für unsere Interessen kämpfen, da wo die ganze Welt entscheidet.

Wir sind und bleiben neutral. Wie andere neutrale Staaten in der UNO auch.

Heute bringt es nichts mehr, auf unser Mitspracherecht in der UNO zu verzichten.

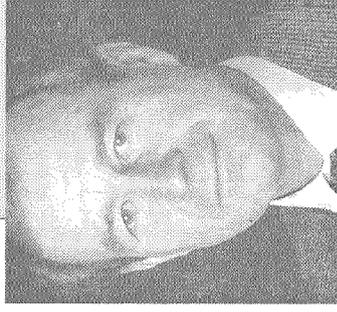
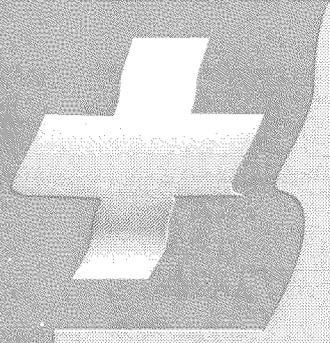
Im Gegensatz zum EU-Beitritt

oder NATO-Beitritt berührt die UNO-Mitgliedschaft die Souveränität der Eidgenossenschaft nicht.

- **Unsere Neutralität,**
- **unsere Demokratie,**
- **unser Föderalismus,**
- **unsere Gerichtshoheit**

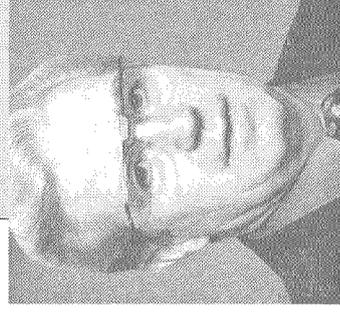
bleiben mit dem UNO-Beitritt gewahrt.

www.schweiz-ja-uno.ch



«Der UNO-Beitritt ist keine Schicksalsfrage. Aber heute ein logischer Schritt in unserem ureigenen Interesse.»

Maximilian Reimann
Ständerat SVP



«Die Terroranschläge und der Krieg in Afghanistan machen deutlich, dass es eine Organisation wie die UNO dringend braucht.»

Karl Tschuppert
Nationalrat FDP

Ja zur Schweiz - Ja zur UNO

Co-Präsidium: **Karl Tschuppert**, Nationalrat FDP/LU; **Maximilian Reimann**, Ständerat SVP/AG; **Toni Eberhard**, Nationalrat CVP/SZ; **Ulrich Fischer**, Nationalrat FDP/AG; **Heinrich Estermann**, Nationalrat CVP/LU; **Hanspeter Seiler**, Nationalrat SVP/BE; Postfach · 6010 Kriens 2 · PC-Konto 60-771089-8